XXII. GP.-NR
496 /J

2003 -06- 04

ANFRAGE

der Abgeordneten Glawischnig, Moser, Freundinnen und Freunde

an die Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten

betreffend AKW Temelin - mangelndes Engagement der Bundesregierung

Aktuelle Entwicklungen betreffend das tschechische Atomkraftwerk Temelin geben Anlass zu verstärkter Sorge. Die Serie der Zwischenfälle im AKW Temelin reißt nicht ab, mehrfach mussten die zwei im Probebetrieb befindlichen Blöcke in den vergangenen Wochen und Monaten heruntergefahren und Schäden behoben werden. Mittlerweile kam es seit Start der Kettenreaktion im Oktober 2000 zu insgesamt 48 Zwischen- bzw. Störfällen in den beiden Blöcken des AKW Temelin.

Anlass zur Sorge gibt auch der nach mehrmonatiger Verzögerung seitens des BMLFUW veröffentlichten Expertenberichtes zu den Bereichen „Hochenergetische Rohrleitungen auf der 28.8 Meter Bühne" und „Ventilqualifizierung". Der Bericht der österreichischen Expertenkommission stellt unmissverständlich klar, dass bei diesen beiden zentralen Sicherheitsproblemen noch viele wesentlichen Fragen offen bzw. ungelöst sind. Zwar konstatiert der Bericht in einigen Bereichen Verbesserungen, von einer Behebung bzw. ausreichenden Lösung der Probleme ist man aber offensichtlich noch meilenweit entfernt. Laut dem oberösterreichischen Regierungsbeauftragten für Nuklearfragen zeige der Bericht, dass in Temelin alle wesentlichen Sicherheitsfragen nach wie vor ungelöst seien und die AKW-Betreiber lediglich eine neue Argumentationslinie versucht hätten, ohne sich tatsächlich um die Behebung der technischen Defizite zu bemühen.

Neben der unzureichenden Lösung der Sicherheitsprobleme sprechen sich tschechische Spitzenpolitiker in entlarvender Offenheit gegen einen Atomausstieg Tschechiens und sogar für einen weiteren Ausbau des AKW Temelin aus. So hat der tschechische Industrieminister Milan Urban bereits mehrfach den Bau von zwei zusätzlichen Reaktorblöcken in Temelin angekündigt. Gleichzeitig hat der tschechische Premier Vladimir Spidla das Ziel eines langfristigen Ausstiegs aus der Atomenergie als „unvernünftig und unrichtig" bezeichnet und die Atomenergie als „sauberste Variante, wirtschaftlich und ökologisch" betitelt und Atomenergie als notwendig für den Klimaschutz bezeichnet. Spidla befindet sich mit dieser Aussage im klaren Widerspruch zu einem Beschluss der EU-Umweltminister, die Atomenergie als Klimaschutzinstrument klar ausschließen. Seitens der österreichischen Bundesregierung gab es bisher keinen Protest gegen diese provokanten tschechischen Aussagen.

Während die Sicherheitsprobleme bei Temelin weiterhin ungelöst sind, drängen Tschechien und die EU-Kommission auf eine Aufhebung des lt. Österreichischen Stromgesetzes bestehenden (Atom-)Stromimportverbotes von Tschechien nach Österreich.

Seitens der österreichischen Bundesregierung wurden seit Amtsantritt des Kabinett Schüssel II keine Initiativen zur Schließung des AKW Temelin gesetzt. Die Bundesregierung ignoriert auch konsequent die Umsetzung eines parlamentarischen Antrages der im Juli 2002 von den Regierungsparteien mitbeschlossen wurde und unter anderem die Einhaltung der Sicherheitsauflagen bei Temelin, das Thematisieren der Unwirtschaftlichkeit des AKW, Verhandlungen über die Nullvariante (also Stillegung), das Thematisieren der Frage von Dumping-Exporten für tschechischen Atomstrom auf EU-Ebene, Sondierungsgesprächen mit der EU über eine finanzielle Beteiligung an einem konkreten Ausstiegsangebot und eine neuerliche Initiative zur Abhaltung einer EU-weiten Ausstiegskonferenz beinhaltet.

Gleichzeitig lässt die Bundesregierung auf EU-Ebene ein aktives Engagement für einen europaweiten Atomausstieg vermissen (Stichwort: Geplante Aufstockung der Euratom-Kredite und Auflösung des Euratom-Vertrages über den EU-Konvent).

Insgesamt entsteht der Eindruck, dass Anti-Atom-Politik für die österreichische Bundesregierung derzeit nur eine marginale Rolle spielt.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Welche Konsequenzen ziehen Sie aus dem vorliegenden Sicherheitsbericht des österreichischen Expertenteams über das AKW Temelin, der nachweist, dass die wesentlichen Sicherheitsfragen nach wie vor ungelöst sind?

2. Welche konkreten Schritte werden Sie unternehmen, um die Behebung der Mängel in den Bereichen „Hochenergetische Rohrleitungen auf der 28.8 Meter Bühne" und „Ventilqualifizierung" dahingehend sicherzustellen, dass dabei die Vereinbarung von Brüssel auf Punkt und Beistrich eingehalten bzw. EU-Sicherheitsniveau erreicht wird?

3. Wie beurteilen Sie die Aussagen des tschechischen Industrieministers, wonach in Temelin zwei zusätzliche Reaktorblöcke errichtet werden sollen?

4. Haben Sie betreffend dieser Aussagen offiziellen oder inoffiziellen Protest bei der tschechischen Regierung eingelegt? Wenn Nein, warum nicht?

5. Welche Schritte werden Sie unternehmen, sollte die tschechische Regierung diese Erweiterungspläne bei Temelin konkretisieren?

6. Wie beurteilen Sie die Aussagen des tschechischen Premiers, wonach das Ziel eines langfristigen Ausstiegs aus der Atomenergie „unvernünftig und unrichtig" sei und die Atomenergie die „sauberste Variante, wirtschaftlich und ökologisch" und Atomenergie notwendig für den Klimaschutz sei?

7. Haben Sie betreffend dieser Aussagen offiziellen oder inoffiziellen Protest bei der tschechischen Regierung eingelegt? Wenn Nein, warum nicht?

8. Welche Schritte werden Sie unternehmen, um bei der tschechischen Regierung für das Ziel eines Atomausstieges zu werben?

9. Welche konkreten Gespräche, Kontakte oder Verhandlungen wurden Ihrerseits bzw. Seitens der Bundesregierung in Sache „AKW Temelin" seit Juli 2002 auf bilateraler und EU-Ebene geführt? Bittel listen Sie die jeweiligen Aktivitäten inkl. beteiligte Personen und Ergebnissen auf.

10. Welche Schritte haben Sie bzw. die Bundesregierung in der Frage von Dumping-Exporten für tschechischen Atomstrom auf EU-Ebene(Stichwort: EU-Wettbewerbsrichtlinien) gesetzt?

11. Welche Konsequenzen ziehen Sie aus der Tatsache, dass sich die Erwartungen der Betreiber des AKW Temelin im Hinblick auf das Ausmaß der Stromexporte nicht erfüllten (Preis pro Kilo-Watt-Stunde liegt nur knapp unter dem kalorischer Kraftwerke)?

12. Welche Schritte haben Sie bzw. die Bundesregierung in der Frage Sondierungsgespräche mit der EU über eine finanzielle Beteiligung an einem konkreten Ausstiegsangebot gesetzt?

13. Welche Schritte haben Sie bzw. die Bundesregierung in der Frage neuerliche Initiative zur Abhaltung einer EU-weiten Ausstiegskonferenz gesetzt?

14. Welche konkreten Schritte, Verhandlungen haben Sie bzw. die Bundesregierung in der Frage Nullvariante für das AKW Temelin gesetzt?

15. Werden Sie entsprechend dem aktuellen Gutachten des Salzburger Völkerrechtlers Michael Geistlinger völkerrechtliche Vorstöße zur Stillegung des AKW Temelin unternehmen (Einschaltung des Internationalen Gerichtshofes)?

16. In welcher Form sprachen Sie bei verschiedenen Anlässen die Auswirkungen der Stromliberalisierung durch den Beitritt Tschechiens zur EU an, wodurch sich die Investition in das AKW Temelin nicht rentieren können?

17. Welche Maßnahmen haben Sie bzw. die Bundesregierung gesetzt, um die steigenden Atomstromimporte nach Österreich zurückzudrängen?

18. Welche Position nehmen Sie bzw. die Bundesregierung hinsichtlich der von Tschechien und der EU-Kommission verlangen Aufhebung des Stromimportverbotes aus Tschechien ein?

19. Hat die Bundesregierung zur Umsetzung der Entschließung 143/E (XXI GP) vom 10.7.2002 einen Aktionsplan entwickelt? Wenn nein warum nicht? Welche konkreten Schritte und Maßnahmen haben Sie bzw. die Bundesregierung unternommen, um diese Entschließung umzusetzen?

20. Ist die Schließung des AKW Temelin weiterhin das Ziel der österreichischen Bundesregierung oder haben Sie den Kampf gegen das unsichere AKW an Österreichs Grenze aufgegeben?